



10. Januar 2006

Stellungnahme der LEK zur angekündigten Auflösung der Schulbezirke

Durch die im Landtag NRW durch CDU und FDP beabsichtigte Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen kommen große Umwälzungen auf Schulen, Lehrer, Eltern, Kinder und Kommunen zu. Bewährte Instrumente zur Planung von ausreichenden wohnortnahen Unterrichts- und Betreuungsraum gehen verloren. Die Befürchtung von Schultourismus und Stigmatisierung von Schulen mit besonders hohem Migrantanteil oder/und die mögliche Entwicklung von Schulen mit mehrheitlich „reichen“ oder „armen“ Kindern werfen weitere Fragen auf. Der nähräumliche sozialintegrative Ansatz der Grundschule wird damit aufgegeben.

Selbst die verantwortlichen Fachminister für Schule und Integration sind, nachzulesen in der WAZ vom 17.08.05, skeptisch. „Ich halte das Ganze nicht für durchdacht“, so Minister Laschet. Auch das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW spricht sich gegen die Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen aus.

Folgende Punkte sieht die LEK NRW besonders kritisch:

- Verstärkung schon heute zu beobachtender Ghettobildung.
- Zukünftig nur schwer mögliche Planungssicherheit für die Eltern und Lehrer (Schulentwicklungsplanung).
- Die soziale Integration der Grundschulkinder bei wechselnden sozialen Umgebungen.

Die Landesregierung behauptet, dass die bisherigen Schulbezirke die Entwicklung von „Problemschulen“ vor allem in sozialen Brennpunkten nicht verhindert hätten. Darüber hinaus hätten sozial und finanziell besser gestellte Eltern stets Mittel und Wege gefunden, die Schulbezirksgrenzen zu umgehen und ihre Kinder an der vermeintlich „besseren“ Grundschule anzumelden.

Wenn durch einen forcierten „Wettbewerb“ unter den Schulen quasi eine „Selbstbereinigung des Marktes“ stattfinden soll, muss dieser allerdings fair sein und unter gerechten Bedingungen erfolgen. Genau dies ist bei einer generellen Abschaffung der Schulbezirke nicht der Fall: Eine Grundschule in einem sozial schwierigen Stadtbezirk hat im Wettbewerb um Schüler gegen Schulen in Stadtteilen der besser gestellten Bevölkerungskreise kaum eine Chance, da sie unter ungleich schwierigeren Rahmenbedingungen arbeiten muss. Es ist sicher richtig, dass die Unterschiede teilweise auch heute schon bestehen. Durch die vollständige Abschaffung der Schulbezirke würden diese aber zusätzlich verstärkt. Mit gravierenden sozialen Folgen: Es bestünde die Gefahr, dass sich Kinder aus sozial schwierigem Milieu und/oder Kinder mit Migrationshintergrund an bestimmten Schulen konzentrieren würden. Eine „Ghettoisierung“ oder zumindest eine Konzentration von Problemlagen an einzelnen Schulen wäre die Folge.

Ein weiteres Problem ist die Schulentwicklungsplanung. Beim Wegfall der Schulbezirke würde den Kommunen ihr wichtigstes Planungsinstrument genommen. Die Bildung von Schulbezirken sichert ein wohnungsnahes Schulangebot sowie eine Verteilung der Schülerinnen und Schüler entsprechend der vor vorhandenen Schulraumkapazitäten. Bei einer uneingeschränkten Wahlfreiheit der Eltern wäre eine



gleichmäßige Auslastung der vorhandenen Schulen vor Ort kaum möglich. So wäre zu befürchten, dass an Schulen mit (aus welchen Gründen auch immer) großem Zulauf zusätzlicher Schulraumbedarf entsteht, verbunden mit erheblichen zusätzlichen Kosten. Andere Schulen hingegen wären nicht ausgelastet oder müssten im Extremfall geschlossen werden. Damit wäre eine langfristige Planungssicherheit auch für Eltern nicht mehr gegeben.

Schon heute ist das gemeinsame Spielen von Grundschulkindern am Nachmittag nicht mehr so selbstverständlich, wie dies früher der Fall war. Individualisierung bedeutet heute vielfach, dass Kinder allein viel Zeit vor dem Fernsehgerät oder dem Computer verbringen. Bei einer Trennung des häuslichen sozialen Umfeldes vom schulischen wurde dies weiter verstärkt werden.

Schulbezirke sind kein bürokratisches Konstrukt und auch kein Selbstzweck. Sie sind in vielen Städten ein bewährtes Steuerungsinstrument zur Sicherung eines wohnungsnahen Schulbesuchs nach dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“.

Dirk Lahmann

Vorsitzender der Landeselternkonferenz NRW